

PRO Lilienthal

Initiative Pro Lilienthal e. V. • Hauptstraße 55 • 28865 Lilienthal

08.10.2009

Pressemitteilung der Initiative Pro Lilienthal e.V. zum Verkehrslärm und zu den Erschütterungswirkungen auf Gebäude und Menschen im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb der Straßenbahnlinie 4

1. Verkehrslärm (schalltechnisches Gutachten)

Bei 428 Gebäudefronten und bei 24 Immissionsorten im Außenwohnbereich besteht dem Grunde nach ein Anspruch auf passive Lärmschutzmaßnahmen wegen des Neubaus der Straßenbahn bzw. des Ausbaus der Hauptstraße/Falkenberger Landstraße (z.B. Einbau von Doppelfenstern, Wand- und Rolladenkästendämmungen). Zur Geltendmachung dieses Anspruchs steht den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern im Internet der Gemeinde Lilienthal ein Antragsformular zur Verfügung. Nach unserem Kenntnisstand haben bisher nur wenige Bürgerinnen und Bürger diesen Antrag gestellt. Das Antragsformular kann ab sofort auch im Büro Lilienthal, Hauptstraße 55 (montags – freitags 7.30 bis 19.00 Uhr) abgeholt werden. Warum hat die Gemeindeverwaltung die betroffenen Bürgerinnen und Bürger an der Hauptstraße und Falkenberger Landstraße nicht von sich aus über die Möglichkeit, passiven Lärmschutz geltend zu machen, umfassend informiert? Warum hat sie die dafür entstehenden voraussichtlichen Kosten (Richt- oder Prognosewerte) bisher nicht ermittelt und dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit bekanntgegeben? Die Erstattung der Kosten für die erforderlichen passiven Lärmschutzmaßnahmen am Gebäude wird in einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Lilienthal und dem Eigentümer der betroffenen Anlage festgelegt. Aktive Lärmschutzmaßnahmen zum Gebäudeschutz (Lärmschutzwälle oder -wände) können in Lilienthal laut Gutachten nicht im erforderlichen Maße und/oder nur mit einem erheblichen Aufwand realisiert werden.

2. Erschütterungswirkungen auf Gebäude (Schadensbeurteilung hinsichtlich Fundament und/oder aufgehendem Mauerwerk) und Menschen (Lästigkeit) auf den Deckenebenen (Erschütterungstechnisches Gutachten)

- a) Im Gutachten werden nur Erschütterungen aus dem künftigen Betrieb der Straßenbahn und nicht eventuelle Erschütterungseinwirkungen beim Bau der Bahnstrecke beurteilt. Letztere sind abhängig von der Ausführungsplanung des Straßenbahnbaus (z.B. Art der eingesetzten Baugeräte). Das Gutachten ist also nicht ausreichend aussagefähig. Warum informiert die Gemeindeverwaltung den Gemeinderat und die Öffentlichkeit nicht hierüber?

Initiative Pro Lilienthal e. V.
Hauptstraße 55, 28865 Lilienthal
1. Vorsitzender
Dipl.-Kfm Alfred Werner

Telefon 04298 / 2057
Telefax 04298 / 5948
www.initiative-pro-lilienthal.de
info@initiative-pro-lilienthal.de

Verainsregister VR 160636
Amtsgericht Walsrode

Volksbank e. G. OHZ
BLZ 291 623 94
Konto-Nr. 730 430 701

- b) Laut Gutachten lassen sich die zu erwartenden Erschütterungseinwirkungen nur aufgrund von empirisch gefundenen Erfahrungswerten (Mittelwerten) abschätzen, wobei eine größere Streubreite auftreten kann. Auch wurden nur in Hannover in der Umgebung von Straßenbahnanlagen umfangreiche Erschütterungsmessungen durchgeführt. An diesen Tatsachen ändern auch die Messungen (Vorbeifahrt von Bussen und LKW) an ausgesuchten Gebäuden am 26.03.1998 (ehemalige Volksbank, Ärztehaus und Wümme-Zeitung) nichts. Diese Messungen sind nicht ausreichend. Die Messung muss für jedes Gebäude an der Bahnstrecke erfolgen, um exakte Prognosewerte zu erhalten. Es ist unseres Erachtens also für jedes Gebäude an der Hauptstraße und Falkenberger Landstraße ein Gebäudegutachten vor Beginn der Bauarbeiten der Linie 4 auf Kosten der Gemeinde Lilienthal zu erstellen (Beweissicherungsverfahren), um spätere Erschütterungsschäden durch den Bau und Betrieb der Bahn nachweisen und geltend machen zu können. Die Kosten hierfür hat die Gemeinde Lilienthal oder die BSAG zu tragen. Wie hoch werden die voraussichtlichen Kosten hierfür sein? Wurden sie bei den Baukosten der Linie 4 in den Ratsbeschlussvorlagen berücksichtigt?
- c) Weiterhin wird im Gutachten ausgeführt, dass Ansprüche auf erschütterungsmindernde Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden können, insbesondere wenn ein Abstand des jeweiligen Gebäudes von nicht mehr als 5 m vom Gleis besteht. Zahlreiche Gebäude an der Trasse werden einen derartigen Abstand haben. Das Gutachten erwähnt nur die Möglichkeit der Versteifung der Deckenkonstruktion, wenn eine tatsächliche Betroffenheit durch Messungen nachgewiesen wird. Die voraussichtlichen Kosten für die erschütterungsmindernden Maßnahmen wurden bei den Baukosten der Bahn bisher nicht berücksichtigt. Warum wurden diese Kosten bisher nicht ermittelt und dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit bekanntgegeben?

Werner